



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/167-21.7.1951

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 76 54-59  
Fernschreiber 039 890

Prof.C.Schmid: Zum Problem des Streiks	S. 1
Schweizer Gespräche am Runden Tisch	S. 3
Die Parteitage der Ostzonen-Satelliten-Parteien	S. 4

---

## Zum Problem des Streiks

Von Prof.Carlo Schmid

Ein Streik ist immer eine böse Sache; das weiß niemand besser als die Arbeiter selbst, die ihn unter schweren Opfern jeweils durchzukämpfen haben. Aber diese böse Sache ist leider gelegentlich die einzige Möglichkeit, die die Arbeiterschaft hat, sich mit Nachdruck um bessere Arbeitsbedingungen zu bemühen oder energisch Gefahren abzuwehren, die ihren gegenwärtigen Standard durch Maßnahmen der Unternehmer drohen. In der Tat hat die Arbeiterschaft kein anderes Mittel, sich zu widersetzen oder Forderungen Nachdruck zu verleihen, als die Verweigerung ihrer Arbeitskraft.

Man hat heute weitgehend vergessen, daß die Arbeiterschaft noch vor einer Generation auch kleinste Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und der Lohnverhältnisse nur durch opfervolle Streiks hat durchsetzen können. Man ist darum heute leicht geneigt, es den Arbeitern übelzunehmen, daß sie durch einen Streik die Ruhe weiter Bevölkerungskreise stören. In England und Amerika ist das anders. Dort wissen die breiten Massen der Bevölkerung auch außerhalb der unmittelbar betroffenen Arbeiterschaft aus Erfahrungen noch der jüngsten Zeit, daß jede Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft oder einer Gruppe der Arbeiterschaft erst mittelbar und sehr bald

dann auch unmittelbar (man denke z.B. an die kleinen Geschäftsleute und die Handwerker, die den Arbeiterhaushalt versorgen) ihnen zugutekommt, und sie wissen insbesondere aus bitteren Erfahrungen, daß jeder Abbau des Standards bei der Arbeiterschaft sehr bald auch sie treffen wird. Darum wird in diesen Ländern fast immer von dem größten Teil der Bevölkerung Solidarität geübt, wenn irgendwo aus wichtigem Grund gestreikt werden muß.

Man hat in letzter Zeit wiederholt die Frage aufgeworfen, ob denn die Arbeiter sich durch einen Streik in Gegensatz zum Gesetzgeber bringen könnten. Hierbei wird sehr häufig übersehen, daß - von wenigen Ausnahmen abgesehen - der Gesetzgeber das Arbeitsverhältnis nur in Teilen zu regeln pflegt und daß neben seinem Wirken immer einhergegangen ist die ständige Auseinandersetzung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern um die Erreichung eines Standards, der über den Minimalstandard hinausgeht, den der Gesetzgeber vorschreibt. Es ist doch auf dem Gebiet des Arbeitsrechts immer so gewesen, daß der Gesetzgeber sich damit begnügte, ein Minimum festzustellen, das den Arbeitern an Rechten zu gewähren ist. Es gehört zum Wesen der Koalitionsfreiheit, daß es den Arbeitern überlassen bleibt, mit den Mitteln des gesetzlich erlaubten Arbeitskampfes Verbesserungen anzustreben, die über dieses Minimum hinausgehen. Nimmt man etwa das Problem des Mitbestimmungsrechts, so hat hier der Gesetzgeber sein Wort zu reden. Solange die parlamentarischen Körperschaften nicht bestimmt haben, daß über ein bestimmtes Maß von Mitbestimmung der Arbeiter nicht hinausgegangen werden darf, sind die Arbeiter durchaus im Recht, wenn sie versuchen, in der Auseinandersetzung mit den Unternehmern den Umfang der ihnen durch das Gesetz gewährten Mitbestimmungsrechte zu erweitern.

Denen, die glauben, daß unserer Wirtschaft oder den nicht unmittelbar Interessierten die Folgen eines Streiks nicht zugemutet werden dürften, sei gesagt, daß ihr Standpunkt voraussetzt entweder eine Arbeiterschaft, die bereit ist, nur das zu beanspruchen, was ihr der Sozialpartner freiwillig zu gewähren bereit ist, oder einen Staat, der imstande und willens ist, eine Sozialordnung zu schaffen, die von der Arbeiterschaft voll bejaht werden kann. Diesen Staat haben wir noch nicht und zum Glück hat die deutsche Arbeiterschaft noch genügend Selbstachtung, um ein Leben im Zustande der dauernden Kapitulation abzulehnen. Darum wird man auch in Zukunft damit rechnen müssen, daß es zu Arbeitskämpfen kommt, wenn man dort, wo Veränderungen angezeigt sind, das Gebot der Stunde nicht erkennt.

Schweizer Gespräche am runden Tisch

ET. Ein Kursus, von der Schweizer Europahilfe für deutsche Menschen im öffentlichen Leben veranstaltet und von drei Gruppen aus Berlin, Bremen und Dortmund besucht, fand seinen Abschluß und Höhepunkt auf dem Hasenberg bei Zürich, wo sich Vertreter der grossen schweizerischen Parteien am runden Tisch vereinten und aktuelle Fragen vor den Ohren der deutschen Gäste diskutierten. Es ging dabei echt schweizerisch zu: Man feilte die Argumente, aber man legte es auf eine freundlich-sachliche Atmosphäre an. In außenpolitischen Fragen steckte man den Degen in die Scheide und war ganz eidgenössische Einheitsfront.

Es liegt sehr nahe, verwundert zu sein, daß die Schweiz, dieses Land einer gewachsenen Volldemokratie, der Frau das Stimmrecht auch heute noch vorenthält. Es war geradezu vergnüglich, die Parteivertreter zu dieser Frage zu hören. Einzig die Partei der Unabhängigen, hinter der Herr Duttweiler, der Herr der Migrosläden steht, bekannte sich unumwunden für die politische Gleichberechtigung der Frau. Der Vertreter der Sozialdemokratie vermutete, daß, obschon die Parteiführung eindeutig das Frauenwahlrecht befürworte, wahrscheinlich sehr viele Sozialdemokraten bei einer Abstimmung ein Nein bekunden würden. Er selbst sei theoretisch für die politische Gleichberechtigung der Frau, aber es mache ihn nicht unglücklich, wenn ihre Verwirklichung noch einige Zeit dauere, denn er möchte keine - katholische Schweiz. Der Freisinnige war der einzige, der das Frauenstimmrecht ablehnte, doch gestand er freimütig, dabei kein gutes Gewissen zu haben. Das Gefühl eines Unrechtes gegenüber der Frau belastete ihn. Bei der Katholisch-Konservativen Partei ist, wie ihr Vertreter sagte, die Meinung zum Frauenwahlrecht "sowohl bei der Parteiführung als auch beim Parteivolk" gespalten; die jüngere Generation wünsche die politische Gleichberechtigung der Frau. Man könnte im Fazit glauben, daß die Zeit des Eintritts der Schweizerinnen in die politische Arena nicht mehr ferne sei. Allerdings wird behauptet, daß die Mutter der Bewegung in der Schweiz keinen Wert darauf lege, politisch für ebenbürtig erklärt zu werden.

Am drängendsten war die Frage der deutschen Gäste nach der Meinung der Schweizer Parteien über Deutschland. Die Antworten waren Variationen einer gleichartigen Überzeugung. Die Auswirkung der Wahlerfolge der Remer-Partei war unverkennbar. Es meldet sich neues Mißtrauen, obschon das deutsche Volk alle Sympathie der Schweizer hat. Er sei jedesmal unglücklich, meinte der Sozialdemokrat, wenn er aus Deutschland, wo er sich mancher Freundschaft erfreue, zurückkehre. Er empfinde große Bewunderung für die deutsche Energie, aber er frage sich jedesmal, mit welchem Ziel diese Ballung sich vollziehe. Die lebhafteste Begeisterung vieler Deutscher für den Europagedanken erscheine ihm verdächtig; es könnte der Eindruck entstehen, der Deutsche wolle die Europabewegung benutzen, um nun auf diese Weise endlich zur Führung Europas zu kommen. Unruhe über die deutsche Entwicklung klang hörbar auch bei den Sprechern der Freisinnigen Partei und der Katholisch-Konservativen Partei an. Und der Unabhängige: Die Meinung der Schweizer ist eine Mischung von großer Hoffnung und großen Bedenken. Aber die Existenz eines freien Europas sei nicht denkbar ohne den Beitrag Deutschlands.

Jeder Schweizer findet, daß es vorteilhaft sei abzuwarten. Alle Parteien schwören außenpolitisch auf das Prinzip der traditionellen Vorsicht. Von Westdeutschland erwartet man, daß es mehr "Freude am Kompromiß" zeigen solle, um seine Eingliederung in den Westen zu beschleunigen.

+ + +

#### Parteitage der Unterwerfung

OB. Es traf sich gut, daß im Verlaufe von knapp drei Wochen alle sowjetzonalen Parteien mit Beschlüssen, Parteitagungen oder Kundgebungen in Erscheinung traten. So wurde klar, daß die bisherigen bürgerlichen Satellitenparteien auf dem Wege sind, aktive Bestandteile des kommunistischen Systems zu werden. Immer stärker wurden in ihnen seit 1948 die Mitläufer durch die jungen Aktivisten verdrängt, die aus Überzeugung, oder weil sie gekauft sind, den pro-sowjetischen Kurs ihrer Parteien auch ideologisch zu untermauern bereit sind. Sie bestimmen heute ausschließlich den Kurs der

## Sowjetzonenparteien.

Ulbricht hatte in seinem Referat in der sechsten Sitzung des SEK-Zentralkomitees am 13. Juni die Grundlage zu einer neuen theoretischen Linie gegeben, die zu einer Intensivierung der kommunistischen Aktivität in Westdeutschland führen wird. Nach dem Fehlschlagen der Versuche, das gesamtdeutsche Gespräch unter Mitwirkung verantwortlicher westdeutscher Instanzen zustande zu bringen, konstatiert Ulbricht jetzt die angeblich "imperialistische Haltung" der westdeutschen Politiker, um deren Mitwirkung eben noch gebuhlt worden war. Die Behauptung vom "Wiedererwachen des deutschen Imperialismus" - so absurd sie sein mag - sollte nicht unterschätzt werden. Sie dient offenbar der Vorbereitung von späteren Aufrufen zum Widerstand gegen Maßnahmen der rechtmäßig gewählten politischen Körperschaften der Bundesrepublik. Die Verfassungsschutzämter sollten sich auf die neuen kommunistischen Aktionswellen vorbereiten. Die Schärfe der Formulierungen Ulbrichts läßt allerhand erwarten.

Mit den Satellitenparteien der Sowjetzone ist eine Arbeitsteilung bei diesen neuen Versuchen abgesprochen worden, durch die die kommunistische Urhebererschaft dieser Aktionen getarnt werden soll. Das war das Ziel und die Aufgabenstellung der eben durchgeführten Parteitage der Ostzonenparteien. Die NDP, die DBP und die Ost-LDP haben auf ihren Parteitag die kommunistischen Anweisungen als ihre Programmziele anerkennen müssen und ohne erkennbaren Widerstand auch akzeptiert. Die Bauernpartei wurde beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Gesamtdeutschen Arbeitskreis für Land- und Forstwirtschaft unter der westdeutschen Landbevölkerung für die angeblichen Friedensabsichten der KP zu werben und zu wirken. Die NDP hat auf ihrem Leipziger Parteitag auftragsgemäß Appelle an die ehemaligen Soldaten und Offiziere und alle ehemaligen Nationalsozialisten in der Bundesrepublik erlassen. Die LDP versprach, in Kreisen des westdeutschen Bürgertums und der westdeutschen Industrie zu wirken, die Ost-ODU aber legte auf der Vorstandssitzung anlässlich des sechsten Jahrestages ihrer Gründung ein Gelöbnis zum Kampf um die Gewinnung der westdeutschen Christen ab.

Man mag diesen Betuerungen politischen Wert beimessen oder nicht, klar mußte nach alledem für jeden sein, der sehen will, daß die sowjetzonalen Satellitenparteien nunmehr ihre Aufgaben im kommunistischen Feldzug gegen die Bundesrepublik nicht nur deklamatorisch übernommen haben. Das sollten sich für die Zukunft vor allem die westdeutschen Politiker merken, die bei jeder Gelegenheit das Schicksal der bürgerlichen Parteien in der Sowjetzone als Beweis ihres Widerstandes in der Sowjetzone herauszustellen bemüht sind. Der LDP-Beschluß, in dem an dem historischen Liberalismus eine "vernichtende Kritik" geübt und eine Ausrichtung der LDP-Mitglieder nach dem Marxismus-Leninismus gefordert wird, ist eine charakterlose Selbstbespeisung der Politiker, die heute an der Spitze dieser Parteien ihr Unwesen treiben. Nach außen hin mögen sie weiterhin ein gewisses Eigenleben führen - über ihre eigentliche Aufgabe, Tarnung und Fassade der absoluten Sowjethörigkeit zu sein, können diese Parteien nicht mehr hinwegtäuschen. Sie haben sich zur vollkommenen Unterwerfung, ja zur aktiven Mitarbeit im Sowjetstaat bekannt.

---

Verantwortlich: Peter Hannau